

Die Mobilisierung linker wie ultrarechter Kräfte in Lateinamerika
von Alexander Charlamenko

(Beitrag für den Kanal „Europa für Kuba“, Moskau, 9. September 2026,
vgl. https://prometej.info/mobilizaciya-i-levyh-i-krajne-pravyh-sil-v-latinskoj-amerike/ *)*

In den letzten Tagen fanden in Lateinamerika zwei internationale gesellschaftspolitische Foren mit gegensätzlicher Ausrichtung statt. Das eine versammelte sich in Chile, das andere in Mexiko. In ihrer Bedeutung reichen sie über die Grenzen der westlichen Hemisphäre hinaus, sie betreffen die Gegenwart und Zukunft der gesamten Menschheit.

In Santiago de Chile tagte am 3. und 4. September 2026 das fünfte Regionaltreffen des Madrider Forums – eines Zusammenschlusses rechtsextremer Parteien aus Europa und Nord- und Südamerika. Das Forum wurde 2020 auf Initiative von Santiago Abascal Conde, dem Vorsitzenden der spanischen rechtsextremen Partei Vox gegründet. An der Veranstaltung nahmen mehr als 1.500 akkreditierte Delegierte aus 20 Ländern teil, aus den USA, Lateinamerika und Europa. Unter ihnen waren der argentinische Präsident Javier Milei, die stellvertretende US-Außenministerin Sarah Rogers, Kevin Roberts als Leiter des „Heritage Foundation“ und andere. Das Programm des Forums unter dem Motto „Eine neue Ära für Iberoamerika“ umfasste Beratungen zu den Themen „Deregulierung der Wirtschaft“, „Souveränität“ und „Wohlstand“. Als deren größte Bedrohungen wurden „Sozialismus“ und „Kommunismus“ ausgemacht, worunter die Ultrarechten jegliche Form von Sozialstaat und sozialem Protest verstehen.
Absichtlich wurde das Forum zwischen zwei Jahrestage gelegt, den der Wahl von Salvador Allende zum Präsidenten am 4. September 1970 und den des faschistischen Militärputsches am 11. September 1973. In diesen Tagen messen in Chile und in ganz Lateinamerika Linke wie Rechte, Kommunisten wie Faschisten, ihre Kräfte. So war es auch dieses Mal.

Als wichtigste „Stars“ des Madrider Forums galten der chilenische Präsident und sein argentinischer Amtskollege. Zur Eröffnung des Forums hob Javier Milei den Wahlsieg von José Antonio Kast besonders hervor und erklärte, die Region durchlebe „eine historische Zeit, die sich an westlichen Werten orientiert“. Die soziale Explosion von 2019 seien seiner Meinung nach darauf zurückzuführen gewesen, dass „Chile den Kampf der Ideen unterschätzt habe“. Linksradikale Strömungen sieht er als „Krebsgeschwür“, und die Linken insgesamt bezeichnete er wieder mit seinem Lieblingsausdruck als *„zurdos mugrosos*“ („schmutziges Linkspack“), wobei er ihnen den Versuch vorwarf, ein System zu zerstören, das angeblich „Millionen aus der Armut befreit“ habe. Er erklärte: *„Nach dem Sturz des Kommunisten Allende trat Chile in eine Phase der Stabilität und des Wachstums ein, die mehr als 40 Jahre andauerte*.“ Realitätsfremd versicherte Milei, dass Chile unter Pinochet „in wirtschaftlicher Hinsicht von der gesamten Region beneidet wurde“.



Die zynische Rechtfertigung der Pinochet-Herrschaft muss alle Chilenen empören, die jene Jahre des Terrors und der massiven Armut nicht vergessen können. In Wirklichkeit begann die Wirtschaft erst dann wieder zu wachsen, nachdem das Volk die Pinochet-Junta im Referendum von 1988 abgelehnt und die Wiederherstellung wenigstens einer beschränkten Demokratie durchgesetzt hatte. Maya Fernández, Enkelin von Salvador Allende und ehemalige Verteidigungsministerin (von 2022-2025 unter der Regierung Boric), äußerte ihre Empörung darüber, dass Milei den Sturz eines demokratisch gewählten Präsidenten für normal hält, Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern des faschistischen Terrors und ihren Familien demonstriert und dem demokratischen Gedenken Chiles keinerlei Respekt bezeugt. Im Kongress reichten Abgeordnete linker Fraktionen einen Antrag ein, in dem sie forderten, Mileis Äußerungen auf Regierungsebene zu verurteilen. Die Sozialistische Partei forderte den Präsidenten Kast auf, sich für die nationale Souveränität einzusetzen. Allerdings würde eine solche Forderung wohl gleichbedeutend damit sein, um es mit einem spanischen Sprichwort zu sagen, „von einer Ulme Birnen zu erbitten“.

Kast bezeichnete die aktuellen Ereignisse in seiner Rede auf dem Madrider Forum als Teil eines globalen Rechtsrucks. Er erinnerte daran, dass er 2020 die Madrider Charta unterzeichnet habe, in welcher „der Vormarsch des Kommunismus“ als Bedrohung eingestuft wurde. Zum Abschluss des Forums skizzierte er zukünftige Ziele: „Wenn wir weiterhin alles richtig machen, wird es eines Tages Managua sein, eines Tages Havanna.“ Zum Abschluss des Forums empfing Kast seinen Amtskollegen Milei im Präsidentenpalast La Moneda.



Als Gegengewicht zum Forum der Ultrarechten organisierten Chiles Oppositionsparteien das Paralleltreffen „Democracia Siempre“. Teilnehmer waren das Linksbündnis Unidad por Chile, die Kommunistische, die Sozialistische und die Christdemokratische Partei sowie die Ex-Präsidenten Gabriel Boric und Michelle Bachelet, letztere auch eine der Kandidatinnen für das Amt der UN-Generalsekretärin. Die Kommunistin und ehemalige Ministerin Camila Vallejo warnte vor der Gefahr einer „Rückwärtsentwicklung der Demokratie“ und rief zur Einheit beim Schutz der sozialen Errungenschaften auf.

Am 3. September fand in Santiago eine Protestaktion der Jugend gegen das Forum der Rechtsextremen und gegen die volksfeindliche Politik der Regierung Kast statt. Hauptorganisator war der Koordinierungsausschuss von Schülern der Sekundarstufe, unterstützt von Studenten- und Frauenorganisationen. Die Demonstranten protestierten gegen die Kürzung der Bildungsausgaben um 12 Prozent, gegen die Streichung der Zuschüsse für Schulmahlzeiten für mehr als 200.000 Schüler aus einkommensschwachen Familien und gegen die polizeilichen Repressionen der Regierung, die im Interesse des Großkapitals handele.



In der Hauptstadt nahmen über 5.000 Menschen an dieser Demonstration teil. Der Marsch begann an der Metro-Station Baquedano, einem symbolträchtigen Sammelpunkt der Jugendproteste von 2019, und sollte auf einer genehmigten Route verlaufen. Die Carabinieri setzten jedoch ohne Vorwarnung Wasserwerfer und Tränengas ein. Bei der Auflösung der Demonstration wurden mindestens 120 Menschen verletzt, darunter 35 Minderjährige. 28 Personen wurden festgenommen, zwei mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Journalisten wurden daran gehindert, das Geschehen zu filmen. Die Carabinieri versuchten, unrechtmäßig in das Gebäude der Studentenvereinigung der Universität von Chile einzudringen, was eine offizielle Beschwerde des Rektorats zur Folge hatte. Studentenorganisationen riefen dazu auf, sich auf einen Generalstreik vorzubereiten. Protestaktionen fanden auch in Valparaíso, Concepción, Temuco, Antofagasta und anderen Städten statt. In einigen Städten schlossen sich Beschäftigte des Bildungswesens den Studenten an, die gegen den Personalabbau an Schulen protestierten. Der Vereinigte Gewerkschaftsverband Chiles (Central Unitaria de Trabajadores, CUT) sprach sich für die Unterstützung der Studentenproteste aus und kündigte für den 10. September eine landesweite Solidaritätsaktion an.

Einer Umfrage zufolge lehnen 61 % der Bürger die Politik der Regierung Kast ab. Die Arbeitslosenquote hat 9,4 % erreicht, ein Fünfjahres-Rekord. Die Regierung Kast schiebt die Schuld auf die Sozialreformen der Mitte-Links-Regierung, welche der Grund dafür seien, dass „Arbeit zu viel koste“ und zu wenige Arbeitsplätze geschaffen worden seien.



In Argentinien hat die Regierung Milei einen neuen Mindestlohn eingeführt, der bei einem Viertel der offiziell anerkannten Armutsgrenze und damit unterhalb der Verelendungsgrenze liegt. Im Rahmen der „Deregulierung“ der Wirtschaft verzichtete der Staat darauf, Ankaufspreise für Landwirtschaftserzeugnisse festzulegen. Ein „Gesetz über die Unantastbarkeit von Privateigentum“ erlaubt Vermietern die „Express-Räumung“ verarmter Mieter noch vor einer gerichtlichen Entscheidung. Verfassungswidrig wurde ein Gesetz aufgehoben, das die Rechte indigener Gemeinschaften auf ihr Land geschützt hatte, welches den Appetit von Konzernen weckte. Laut einer aktuellen Umfrage bewerten 43 % die Arbeit der Regierung als sehr schlecht, 15 % als schlecht; selbst unter ehemaligen Anhängern des Präsidenten fordert jeder Dritte einen Kurswechsel. Mit solchen Ergebnissen sollte es schwerfallen, mit einem Wahlerfolg im nächsten Jahr zu rechnen.

Allerdings erklärte Milei von der Tribüne des Madrider Forums aus, dass er nicht beabsichtigte, irgendetwas zu verändern. Zynisch rechtfertigte er den Abbau sozialer Rechte und Massenentlassungen und prahlte mit dem Abbau von 70.000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, ungeachtet der „Risiken und Opfer“ für die am wenigsten Geschützten. Im Kern stellte Milei allen Unzufriedenen ein ähnliches Ultimatum, wie wir es von Hitler kennen: Im Falle seiner Wahlniederlage drohe der gesamten Nation ein „kollektiver Selbstmord“.

Nach einer besseren Alternative für Lateinamerika und die Welt wurde in diesen Tagen in Mexiko-Stadt gesucht. An einem wissenschaftlichen Forum an der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko nahmen die linken Ex-Präsidenten Gustavo Petro aus Kolumbien und Rafael Correa aus Ecuador teil. Sie wurden von Präsidentin Claudia Sheinbaum empfangen und diskutierten mit ihr über die Perspektiven linker und progressiver Kräfte angesichts der rechten Reaktion und des Interventionismus.



Thema der Rede von G. Petro war das Schlusskapitel seines neuen Buches „Die politische Ökonomie der Klimakrise“. Hauptthese des Autors: Die Menschheit ist infolge der Aktionen des transnationalen Kapitals und seiner neoliberalen Handlanger, die die neuesten technischen Mittel zur Kontrolle der Gesellschaft einsetzen, vom Untergang bedroht.

Petro warnte in einem Interview mit der mexikanischen Zeitung „La Jornada“ vor der Gefahr des „Technofaschismus“. Er sieht dessen Entstehung im Zusammenhang mit den neuen Technologien, die unter kapitalistischen Bedingungen mit einer beispiellosen Überproduktionskrise schwanger gehen. Um keine Aufstände der Völker für ihre Lebensrechte zuzulassen, versuchen die Machtzentren des Großkapitals, die gesamte Menschheit durch Polizeiregimes, Raketenangriffe, Völkermord und Einsatz einer „Lügen-Matrix“ unter Kontrolle zu bringen. Petro zufolge „zielt diese Matrix darauf ab, die menschliche Gattung zu versklaven, wobei es nicht nur um physische, sondern auch um mentale Fesseln geht“. Es bilde sich ein „Zentrum privater Macht von weltweiter Dimension heraus, bestehend aus Multimillionären – den Herren der künstlichen Intelligenz und der sozialen Netzwerke“.

Nachdem er von seinen Verhandlungen mit Trump berichtet hatte, durch die die Gefahr einer direkten US-Intervention in Kolumbien abgewendet werden konnte, betonte der Ex-Präsident, dass „es in den herrschenden Kreisen der USA Fraktionen gibt, die schlechteste Entscheidungen treffen und in Bezug auf die Figur des Präsidenten im Verborgenen ihre Strippen ziehen“. Seiner Einschätzung nach erleben wir mit den heutigen technischen Möglichkeiten „einen Totalitarismus, der den von Hitler geschaffenen um das Tausendfache übertrifft“. Die These vom „Scheitern“ linker und progressiver Kräfte angesichts des Neofaschismus wies Petro jedoch zurück. Im Gegenteil, sagte er, „die Völker lernen, sich einem Feind zu widersetzen, der zuvor nicht sichtbar war“. Petro schlug eine Strategie des Widerstands vor, die auf Wissenschaft und der Humanisierung der Technologie setzt. Er betonte die grundlegende Rolle des Kampfes im Bereich der Kommunikation und forderte die Linken auf, die Fallstricke der Manipulation zu vermeiden.

Petro warnte davor, dass die Wahlen in Brasilien im Oktober dieses Jahres und die Zwischenwahlen in Mexiko Anfang 2027 durch „Algorithmen des Technofaschismus“ manipuliert werden könnten. Seinen Angaben zufolge wurden in Kolumbien unter Kontrolle des US-Außenministeriums über 2 Millionen Bots in den sozialen Netzwerken eingesetzt, um den „Sieg“ von Abelardo de la Espriella (Spitzname „Tiger“) sicherzustellen. Trump verkündete öffentlich: „Dass der Tiger Präsident wurde, verdankt er mir.“ Derzeit, so Petro, werde Kolumbien wie eine Kolonie von einem „Vizekönig“ regiert, einem illegitimen Präsidenten, der seinen Eid nicht dem Volk, sondern der Trump-Administration geschworen habe. Und das sei, wie der Ex-Präsident warnt, „nicht nur der Fall in Kolumbien, das birgt die Tendenz global zu werden.“

Belege für die Aktualität von Petros Worten liefert ein politischer Skandal, der mit der Verhaftung von Fernando Cerimedo in Bolivien begann, einem ehemaligen Berater von Milei, danach des bolivianischen Präsidenten Rodrigo Paz Pereira. Es wurde bekannt, dass dieser Geschäftsmann einer transnationalen politisch-medialen Struktur mit Sitz in Miami angehört und eng mit der ultrarechten kubanischen Emigration sowie dem Umfeld des derzeitigen Außenministers Marco Rubio verbandelt ist. Bezeugt ist die Beteiligung von



Cerimedo und seinen Komplizen an Versuchen zur Destabilisierung der Lage in Kuba, an Wahlmanipulationen in Argentinien, Bolivien, Peru, Chile, Honduras und Kolumbien sowie an der Vorbereitung von Staatsstreichen in Brasilien und Mexiko.

Patrioten vieler Länder fordern, Maßnahmen zu ergreifen zum Schutz der Demokratie vor „Technofaschismus“ und anderen Formen der Manipulation des Wählerbewusstseins. Durch Parlament und Staatsanwaltschaft in Chile wurden zwei parallele Ermittlungen zu Eingriffen in die Durchführung des Verfassungsreferendums von 2022 und der jüngsten Wahlen eingeleitet. Das Oberste Wahlgericht Brasiliens durchkreuzte die Kampagne eines der rechten Präsidentschaftskandidaten, Renan Santos, wegen Nutzung von Internetplattformen, die nicht gemäß gesetzlicher Bestimmungen registriert waren. Präsidentin Claudia Scheinbaum warnte die USA vor einer Einmischung in die Innenpolitik Mexikos und die rechte Opposition vor Aufrufen zur Einmischung von außen. Die Nationalversammlung Nicaraguas verabschiedete auf Initiative der Regierung Daniel Ortegas in erster Lesung eine Verfassungsreform, die freie Wahlen ohne ausländischen Druck gewährleisten soll. Von nun an wird auf dem Gebiet der Heimat Sandinos keinerlei ausländische Vorschrift oder Sanktion mehr gelten, die die Unabhängigkeit, Souveränität, Selbstbestimmung, Sicherheit und den Frieden des nicaraguanischen Volkes verletzt. Parteien, die Finanzmittel aus dem Ausland erhalten haben, wird die Registrierung entzogen. Beteiligte an Putschversuchen sowie Leute, die zur Intervention aufriefen, werden zu Wahlen nicht zugelassen.

Wir bekunden unsere Solidarität mit den Kämpfern gegen Faschismus und Interventionismus, für Souveränität, soziale Rechte der Arbeitenden und für eine demokratische Rechtsordnung.

No pasarán! Patria o Muerte! Venceremos!